



Glienicker Kurier

Nachrichten aus der amtsfreien Gemeinde Glienicke/Nordbahn

Inhalt der Mai 2002 Ausgabe:

Kita in Glienicke 2002

Ein Montag in der Verwaltung

Die Grundsteuer

Von der Anmeldung bis zum KITA-Platz

Aus den Fraktionen

Harry Potter wünscht Happy Birthday

Glienicker Kinder-Kunst-Tage „Malen - Klexen - ARTiFEXen“

Keine Freude am Tanzen?

Seniorentanzgruppe feiert Einjähriges

St.-Elisabeth-Stiftung

Erfolge auch im reiferen Alter

Leitung für Abteilung Sportschützen gewählt

Seit einem Jahr im Internet vertreten

„Der Nächste, bitte“

Kita in Glienicke 2002

Die Bedeutung von Kindertagesstätten (Kitas) für Kinder, Eltern und Gesellschaft, ihre Arbeit und ihre Finanzierung stehen in Berlin und Brandenburg seit Jahren im Mittelpunkt politischer Überlegungen und sind in letzter Zeit, nicht zuletzt durch die öffentlich erörterten Sparmaßnahmen des Nachbarlandes Berlin, zu einem Streitthema geworden, mit dem der eine oder andere sogar sein politisches Süppchen zu kochen versucht.

Auch in Glienicke ist das Thema Kita immer wieder und unter unterschiedlichen Gesichtspunkten behandelt worden. War es bis Anfang 1999 eine Frage der Belegung der Kitas, auch mit Berliner Kindern, um keinen Personalabbau sondern nur eine Stundenreduzierung der Mitarbeiterinnen zum Erhalt Ihres Arbeitsplatzes vornehmen zu müssen, so wurde es Mitte 1999 zum Thema über die Reduzierung der Kitagebühren.

Da es um eine Reduzierung ging, gab es verständlicherweise dagegen keinen Widerstand und die Gespräche im Sozialausschuss der Gemeindevertretung verliefen in Harmonie und Eintracht, auch mit den Verwaltungsvorschlägen, die ganzheitlich akzeptiert wurden.

Noch zu Beginn des Jahres 2000, als die Planung für die neue Kita – heute Kita Sonnenschein – vorgelegt wurde, war die Frage der Auflösung von Kita Burattino und die Integration dieser Kita in die neue Kita das beherrschende Thema. Die „Kitamannschaft“ bereitete ihren Umzug vor. Und das trotz einer Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum eines Jahres vom 01.07.1999 – 01.07.2000 von 6.453 auf 7.374 Einwohner, also 921 Einwohner. Die Einwohnerzahlen sprachen eigentlich gegen die Auflösung, aber die Anmeldezahlen der Kinder dafür. Die Kitadiskussion belebte sich dann wieder im August des Jahres 2000 aufgrund des neuen Kitagesetzes und dazu eintreffender erster detaillierter Informationen. Rechtsanspruch eingeschränkt und uneingeschränkt sowie andere Finanzierungsformen seitens des Landes und Kreises mit hohem Einsparpotential zulasten der Kommunen mögen an dieser Stelle, schlaglichtartig erwähnt, als Situationsbeschreibung ausreichen.

Im Spätherbst 2000 nahm die Diskussion zu Kitas allerorten an Fahrt auf, so auch in Glienicke, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer anstehenden Beitragserhöhung. Aber, und das wurde sehr schnell nach der Erkenntnis, dass man doch zunächst von 3 Kitas in Glienicke auszugehen hat, in den Hintergrund gedrängt, die Struktur der Einwohner änderte sich fast abrupt.

Die Zuwachszahlen verlangsamten sich, für den 1-Jahreszeitraum 01.07.2000 bis 01.07.2001 konnten „nur noch 568 Mehreinwohner“ verzeichnet werden. Doch immer mehr Familien mit kitafähigen Kindern ersetzten wegziehende Singlehaushalte oder ältere Ehepaare, die den Rückweg nach Berlin antraten.

Über Kitasatzungsveränderungen, Elterninitiative oder auch politische Verlautbarungen unterschiedlichster Art zum Kitageschehen wurde in 2001 und Anfang 2002 in meistens durchaus sachlich konstruktiver Art berichtet.

Nicht allerdings deutlich wurde bei den durch finanzielle Aspekte überlagerten Diskussionen in der

Öffentlichkeit die sich abzeichnende Entwicklung zur Erfüllung von Rechtsansprüchen durch die Gemeinde als Leistungsverpflichteter.

Die Verwaltung sah bereits durch die Anmeldezahlen Ende 2001 und dann erst recht bestätigt durch die Zahlen zu Beginn des Jahres 2002 die dringende Notwendigkeit der Thematisierung dieses Themas , wenn auch noch nicht in der Öffentlichkeit, da zunächst viele Einzel – und Detailfragen zu klären und die entstehenden Finanzierungsprobleme mit ihren Auswirkungen auf andere Aufgabenfelder konzeptionell zu überlegen waren, so doch in den verwaltungsinternen Überlegungen für die Vorbereitung der notwendigen Beratungen und Entscheidungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse.

Die Frage der Bereitstellung der in absehbarer Zeit notwendigen Kita-Plätze führte sehr schnell unter Beachtung sowohl von Haushaltsmöglichkeiten als auch der mehrjährigen Finanzplanung der Gemeinde zu zunächst 2 Alternativen.

Alternative A:

Errichtung einer Kita als Containerlösung * aufgrund einer zeitlich absehbaren Befristung der Platzbereitstellungsnotwendigkeit , bedingt durch die örtliche demographische Entwicklung;

Alternative B:

Erweiterung vorhandener Kitas, um jeweils erhöhte Betriebserlaubniszahlen zu erreichen.

(* Der Begriff Containerlösung mag sicherlich bei dem Einen oder Anderen eine Negativassoziation auslösen, weil er vielleicht auch nur die „ Baucontainer“ vor Augen hat .

Das sollte ihn aber nicht zu voreiligen Schlussfolgerungen veranlassen , die in eine bedingungslose Ablehnung führen und die Glaubwürdigkeit bei zukünftigen Diskussionen in Frage stellen ! Heutige Containerlösungen werden sehr wohl für Kitas , Verwaltungen , auch Hotels , etc. genutzt, wenn sie erkennbar nur für einen vorübergehenden Zeitraum in Frage kommen. Ausstattungen aller Art und mit einem hohen Komfort sind heute möglich und nur eine Frage des Preises!

Die Alternative A erwies sich dann allerdings bei intensiverer Recherche und einer ausgelegten Platzkapazität von ca. 100 – 110 Plätzen , sowie einer notwendigen doppelstöckigen Errichtung als finanziell kostspielig. Letztlich wären weitere geplante Maßnahmen für z.B. die Gesamtschule (weiterer Ausbau !) dann in die Zukunft zu verschieben.

Die Alternative B beschränkte sich auf die Kita Burattino sowie die Kita Sonnenschein. Die hier erforderlichen Maßnahmen mit hohem baulichem Aufwand würden nicht zu einer kurzfristig erreichbaren und nur vorübergehenden Lösung führen können.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich das Paket einer Alternative C , denn die mögliche kurzfristige Lösung der Bereitstellung von Kitaplätzen bekam unter dem Andrang der Anmeldungen die höchste Priorität.

Unbestritten ist dabei der uneingeschränkte Rechtsanspruch , den die Kinder zwischen dem

vollendeten 2. und 10. Lebensjahr haben, wohlgerne die Kinder, nicht die Eltern! Und der eingeschränkte Rechtsanspruch der Kinder 0-2 und 10-12 Jahre darf selbstverständlich auch nicht vergessen werden.

Die Alternative C

In der gesamten unteren Etage der Gesamtschule, die freie Raumkapazität hat, wird eine alleinige Hortkita eingerichtet. Damit wird die Kita Mischka entlastet und kann zukünftig die Kinder 2 – 6 Jahre aufnehmen. Aufgrund der derzeitigen Auslastung der Kita Mischka mit rd. 80 Hortkindern und deren Abgabe an die neue Hortkita stünden diese Plätze der genannten Kinderzahl zur Verfügung. Weitere 13 Plätze werden durch eine beantragte befristete erweiterte Betriebserlaubnis für die Kita Sonnenschein geschaffen. Damit könnten bereits weitere 93 Plätze für die Altersgruppen 0-2 bzw. 2-6 entstehen. Daraus ergibt sich rein rechnerisch ein Fehlbetrag zu den vorliegenden Anmeldezahlen von bis zu 65 Plätzen. Wären die bisherigen Erfahrungswerte, was die Veränderung der Anmeldezahlen durch Wegzug, Veränderung familiärer Verhältnisse oder kein Interesse mehr an einem Kitabesuch betrifft, anzusetzen, wäre die Zahl 65 um rd. 10 Kinder zu reduzieren, d. h. auf ca. 55 Kinder. Abmeldungen während des Kitajahres würden mit weiteren bis zu 15 Kindern anzusetzen sein. Damit wäre ein Restanteil aus dem Bedarf von Anmeldungen in der Größenordnung von ca. 40 Kindern gegeben. Um auch in diesem Fall selbstverständlich den Verpflichtungen nachzukommen, müsste auf eine eingeschossige mehrräumige Containerlösung als Anbindung an eine bestehende Kita zeitweilig zurückgegriffen werden. Die Bedarfsbefriedigung setzt eine Fülle von anderen Aktivitäten in Gang, auf die die Gemeinde, was sowohl Zeit als auch Art ihrer Umsetzung angeht, keinen unmittelbaren Einfluß hat.

Sämtliche Maßnahmen bedürfen, wie jedes andere Bauvorhaben auch, einer Baugenehmigung. Bezogen auf die Hortkita in der Gesamtschule ist sie notwendig, weil es sich um eine Nutzungsartenänderung mit baulichen Veränderungen im Bestand handelt. Hierzu zählen z.B. die bauliche Abschottung der Treppenhäuser von der Nutzungseinheit Hort oder der Einbau von neuen Innentüren auf der Grundlage eines neuen Brandschutzkonzeptes. Malerarbeiten in allen Horträumen, die Einrichtung einer Ausgabeküche für die Essensversorgung oder die Errichtung von Garderobebereichen und eines Erzieherraumes seien hier nur am Rande erwähnt, sie sind aber ebenfalls notwendig. Auch für die Gesamtschule ergeben sich unmittelbare Folgen. Der Wegfall ihrer kleinen Lehrküche erfordert die Einrichtung einer neuen Lehrküche. Die Veränderung des Raumkonzeptes in bestimmten Bereichen zur Einrichtung eines neuen Werkraumes oder die bauliche Instandsetzung eines neuen Lehrerzimmers verlangen vorzuziehende finanzielle Aufwendungen, die bisher nicht im Haushalt 2002 enthalten sind. Zulassungen zur Führung als Kita durch das Landesjugendamt mit einer Betriebserlaubnis, die auch die Kinderzahlen festschreibt, sind beispielsweise auch vom Gesundheitsamt, dem Arbeitsschutz und der Arbeitssicherheit, etc. zu erteilen. Die neue „Hortkita“ würde die Vorteile der gefahrlosen Erreichbarkeit von der Grundschule aus, der Nutzung des Schulspielplatzes, der Außensportanlagen oder auch der Dreifeldhallennutzung bieten. Auch für den angedachten Teil einer „Containerkita – Teillösung“ sind selbstverständlich eine Baugenehmigung und alle anderen Zulassungen zur Erteilung einer Betriebserlaubnis durch das Landesjugendamt erforderlich. Da es nicht nur einen „Containeranbieter“ gibt, hat eine Ausschreibung zu erfolgen und Grundstücksvoraussetzungen sind zu klären.

Über alle Aktivitäten und Verfahrensfortschritte wurden und werden der zuständige Sozialausschuss sowie der für finanzielle Auswirkungen zuständige Haupt – und Finanzausschuss von der Verwaltung auf dem Laufenden gehalten. Sind alle Realisierungsvoraussetzungen geschaffen, hierzu ist auch ein Nachtragshaushalt der Gemeinde erforderlich, wird es auch weitergehende Informationsveranstaltungen für alle möglichen Betroffenen (Eltern, Erzieher, etc.) geben. Abschließend entscheiden dann die Abgeordneten in der Gemeindevertretung über die von der Verwaltung vorgestellten Lösungsmöglichkeiten sowie evtl. weitere Verfahrensweisen und die Umsetzung. Obwohl Verfahrensweisen und Umsetzung von der Gemeindevertretung beschlossener Maßnahmen in erster Linie Sache der Verwaltung sind, hängen auch die von der Verwaltung einzuleitenden Maßnahmen oftmals von Entscheidungen der Gemeindevertretung ab, vor allem dann, wenn Auswirkungen für den Gemeindehaushalt erkennbar werden.

So ist z.B. die mit der Kita-Problematik verbundene Personalverstärkung erst auf der Grundlage eines neuen Stellenplans, für den wiederum Mittel in einem Nachtragshaushalt bereitgestellt werden müssen, möglich. Nach den bisherigen Berechnungen ist davon auszugehen, dass etwa 7 – 9 weitere Erzieher und technisches Personal für den Küchenbereich der neuen Hortkita eingestellt werden müssen.

Damit würde sich der unmittelbare Kitabereich ohne Verwaltungspersonalanteile auf etwa 50 Mitarbeiter erhöhen und zahlen- und kostenmäßig damit den weitaus größten Anteil am Personalbestand der Gemeinde haben. Die Personalrekrutierung erfolgt über öffentliche Ausschreibungen und wird durch den für Personal zuständigen Bereich des Hauptamtes durchgeführt. Beteiligt sind der Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte sowie die jeweils zuständige Kitaleiterin.

Private Kita

Neben den vorhandenen und den sich entwickelnden kommunalen Kitamöglichkeiten besteht in Glienicke eine Initiative zur Einrichtung und Führung einer Privatkita, der die Verwaltung ihren fachlichen Rat zur Verfügung stellt.

Die Aufnahme der Kitatätigkeit ist für die Mitte des Jahres 2002 geplant und hängt von der für Mitte Juni vorgesehenen Entscheidung über einen Nachtragshaushalt ab. Nach dem z.Zt. geltenden Kitagesetz ist die Gemeinde zumindest verpflichtet, 84 % der Kosten für notwendiges pädagogisches Personal zu übernehmen. Über die Erfüllung weitergehender Wünsche entscheiden die Abgeordneten der Gemeindevertretung bei der Aufstellung eines Kitabedarfsplans.

Die zunächst mögliche Kapazität der privaten Kita von ca. 16 Kindern ist bereits durch Anmeldungen erschöpft. Zur Entschärfung der Kitasituation in Glienicke kann eine neue private Kita mit der relativ geringen Aufnahmemöglichkeit nur unwesentlich beitragen.

Tagespflege

Der Einsatz von „Tagespflegepersonen“ wird nicht nur erwogen, sondern vielmehr bereits von der Verwaltung praktiziert.

Erste Gespräche mit dem Landkreis Oberhavel und dem zuständigen Jugendamt, um eine Unterstützung und Benennung von interessierten und geeigneten Personen zu erreichen, waren unmittelbar nach Erlass des neuen Kitagesetzes im Sommer 2000 durch die Verwaltung geführt worden, ohne dass es jedoch kurzfristig zu den gewünschten Ergebnissen kam.

Die Verwaltung hat sich jedoch weiter darum bemüht und konnte schließlich Anfang 2002 die ersten Verträge mit Tagespflegepersonen abschließen. Auch hier hat sich gezeigt, dass die Beharrlichkeit in der Verfolgung eines Zieles in Verbindung mit unterschiedlichsten Anstrengungen nötig sind, um einer nicht vorherzusehenden Bedarfslage gerecht werden zu können. Leider verzögern von der Verwaltung nicht zu beeinflussende, aber von ihr zu beachtende Gesetze, Vorschriften und Richtlinien gelegentlich die kurzfristige Befriedigung von Wünschen, die aus der akuten Situation betroffener Bürger und ihrer persönlichen Interessenlage verständlich sind. Das gehört aber auch zu der Lebenswirklichkeit, die außerhalb der Verwaltung besteht.

Kita in freier Trägerschaft

Mit einer ersten Diskussion in der Sitzung des Sozialausschusses am 21.03.2002 wurde der Anstoß für einen Beschluss der Gemeindevertretung (GVT) in der Sitzung am 17.04.2002 auf Initiative der Bürgerliste gegeben, mit dem der Gemeindeverwaltung der Auftrag erteilt wurde, Vorschläge für einen Wechsel der kommunalen Trägerschaft der Kitas in eine freie Trägerschaft vorzulegen. Dieser Auftrag wird z.Zt. bearbeitet.

Aus ihm ergeben sich:

- die Entwicklung eines Kriterienkatalogs
- die Erarbeitung von Entwürfen für die öffentliche Ausschreibung
- die Zusammenstellung von Empfehlungen einer Auswertekommission
- Bewerbergespräche
- Endkandidatenauswahl
- je nach Entscheidung Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüsse
- anschließend Arbeiten zur Umsetzung der Verträge.

An diesen Arbeiten werden neben den Mitarbeitern der Verwaltung in einzelnen Entscheidungsphasen auch die Kitaausschüsse beteiligt.

Die vorstehenden Ausführungen skizzieren den derzeitigen Stand der Überlegungen und der Arbeit der Gemeindeverwaltung zur Kitaentwicklung in Glienicke. Sie beschränken sich auf die wesentlichen Punkte. Neben der darin enthaltenen allgemeinen Information über das behandelte Thema sollen sie aber auch beispielhaft einen Eindruck von der Komplexität einer Verwaltungsaufgabe vermitteln, die sachkundiger und sachgerechter Behandlung bedarf, wenn sie für alle Beteiligten zufriedenstellend gelöst werden soll.

Am Beispiel der Glienicker Kitas wird zudem deutlich, dass Planung oft nicht mit für einen längeren Zeitraum gültigen Planungsdaten rechnen kann. Ihre rechtzeitige und sachgerechte Korrektur kann

aber Fehlentwicklungen und unnötige Mehrkosten verhindern und – wenn alle guten Willens sind – den gewünschten Erfolg trotz auftretender Schwierigkeiten positiv beeinflussen.

Dr. Alfred Krause

Beigeordneter und Leiter des Hauptamtes

Ein Montag in der Verwaltung

„Montagmorgen, die Arbeit in der Gemeindeverwaltung und im Außendienst beginnt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein für Erholung und Freizeitinteressen genutztes Wochenende hinter sich und sind gut ausgeruht an ihrem Arbeitsplatz angekommen. Die üblichen Gesprächsgruppen bilden sich, Freizeiterlebnisse, Familien- und Partnerschaftsentwicklungen sowie besondere Ereignisse des Wochenendes sind die ersten Gesprächsthemen, in den Büros werden die Kaffeemaschinen eingeschaltet und nach einer ausreichenden und einer gewissen Nacherholung dienenden Anlaufzeit wird dann auch der Arbeitsplatz aufgesucht, die ersten Akten werden noch ohne besondere Begeisterung in die Hand genommen und die ersten Telefonate werden dienstlich oder auch mit erreichbaren Freunden und Bekannten geführt“.

So oder ähnlich stellen sich manche unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger den Wochenbeginn auch in der Gemeindeverwaltung Glienicke vor und vermuten dann auch gleich den weiter geruhsamen Arbeitsablauf während der ganzen Woche, oft verbunden mit der Annahme, dass die Verwaltung sich vorwiegend mit sich selbst beschäftigt und Anforderungen von außen nur als lästige Störung betrachtet. Diesem gern gepflegten Vorurteil wird nachstehend die Dokumentation eines Wochenbeginns in der Gemeindeverwaltung Glienicke entgegengesetzt, damit im Dialog Bürger/Verwaltung die Sachlichkeit eine bessere Chance bekommt:

Kurz nach dem Betreten des Hauses schon auf der Treppe die erste Hiobsbotschaft; der Server (Computer), der das gesamte Finanzsystem der Gemeinde steuert, unterstützt und trägt hat sich verabschiedet. Erste Schadensanalyse, Ursachenforschung, kann man den Schaden beheben, wie schnell, wie werden wir arbeitsfähig. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prüfen jeweils für ihren Aufgabenbereich, welche Vorgänge ohne Computereinsatz vorrangig bearbeitet bzw. für die weitere Bearbeitung vorbereitet werden können. Rücksprache zu ersten Ergebnissen und Verfahrensweise in einer halben Stunde!

Im Hauptamt bittet die Sachgebietsleiterin Kita um sofortige Rücksprache mit den Worten; Hiobsbotschaft, es brennt !! Personalausfall in Kita Mischka; von 12 Mitarbeitern pädagogisches Personal sind laut Morgenmeldung 6 ausgefallen. 2 durch längere Krankheit, das war bekannt und da die Kita z.Zt. einen Personalüberhang hat, wäre das allein nicht so schlimm, aber weitere 4? Die auf den Kitabereich bezogene Lagebesprechung wird sofort durchgeführt; wie sieht es in den anderen Kitas aus, wie entwickeln sich die Kinderzahlen über den Tag, können Mitarbeiter zur Mittagszeit umgesetzt werden? Schnelle Prüfung ist angesagt, andere Aufgaben müssen zurückstehen. Da kommt die nächste Meldung auf den Tisch! Krankmeldungen Kita Sonnenschein. Leiterin krank, das war bekannt, eine weitere Mitarbeiterin jetzt ebenfalls krank und auch das wäre abzufangen, denn auch in dieser Kita wird der Personalüberhang um rd. 1 Stelle aufgrund der besonderen Situation toleriert. Aber weitere 2 Mitarbeiter vom pädagogischen Personal haben sich jetzt krank gemeldet, ebenso die Vollzeitkraft Küche, das wird jetzt zum Problem. Die Halbtagskräfte technisches Personal müssen ad hoc veranlasst werden, länger zu arbeiten. Fragen der Überstundenbezahlung oder eine arbeitszeitliche Lösung treten zunächst in den Hintergrund, der Betrieb muss laufen, die persönliche Planung des Tagesablaufs der Betroffenen muss zurückstehen, mit Verständnis, Flexibilität und Engagement wird gerechnet.

Wie sieht es in der 3. Kita aus? Ist ein Personalabzug möglich? Nein! Genehmigter Urlaub seit langer Zeit und bereits angetreten, eine kurzfristige Rückholung ist nicht möglich. Auch hier versucht man alles möglich zu machen, zu improvisieren und „den Motor rund laufen zu lassen“. Lösungen müssen dringend her, auch unkonventionelle Wege müssen beschritten werden, Zeit ist nicht viel vorhanden. Das Personalamt versucht auf andere Bewerbungen für die Kitas zurückzugreifen, Servicefirmen, die Mitarbeiter anbieten, werden abgefragt. Bis zum Mittag muss eine Lösung erkennbar und eingeleitet werden. Und die Lage in anderen Teilen der Verwaltung?

Der Amtsleiter Tiefbau hält mit seinem Sekretariat die Stellung, seine beiden Sachbearbeiter haben sich für diese Woche krank gemeldet. Eine Kitasachbearbeiterin im Hauptamt ist seit letzter Woche krank, aufgefangen wird das nach Möglichkeit durch die in der Ausbildung befindliche Beamtin, Sachgebietsleiterin und Amtsleiter versuchen Lücken zu schließen, so gut es geht. Das dann auch durch Krankheit die Stellen Öffentlichkeitsarbeit, Jugendklubmitarbeiterin, Liegenschaften verwaist sind, ist fast nur noch am Rande zu erwähnen. Jetzt geht es deshalb nur noch, die restlichen Mitarbeiter auch multifunktional – so weit möglich – einzusetzen. Selbst der Jugendsozialarbeiter hat keine Chance mehr, sich mit anderen und sicher wichtigen Terminen zu entschuldigen, er wird in die Kita zur Hortbetreuung bereits für den Nachmittag beordert.

Aber noch ist der Montagvormittag nicht vorbei. Die liegengebliebene Arbeit muss neu gesichtet, eilbedürftige Vorgänge müssen vorgezogen bearbeitet werden. Von außen erwartete Hilfe (Computertechnik!) ist nicht auf Knopfdruck zu haben, weitere Verzögerungen werden erkennbar. Die Mittagspause fällt aus, dadurch kann etwas an verlorengegangener Zeit aufgeholt werden. Zugegeben, nicht jeder Wochenanfang beginnt mit der geschilderten Häufung von Problemen. Die Vorstellung, die Arbeit in der Verwaltung wäre stressfrei und auch von jedem zu leisten, ist jedoch grundfalsch. Gerade in einer kleinen Verwaltung wie in Glienicke, die kaum über überall einsetzbare Personalreserven verfügt, kommt es auf motivierte, leistungsbereite und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, wenn die vielfältigen und wechselnden Aufgaben bei oft sich ändernden Rahmenbedingungen sachgerecht und zuverlässig erledigt werden sollen. Das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die Belastungen der Verwaltung, die bei relativ geringer werdenden finanziellen Mitteln nicht abnehmen werden, kann unnötige Spannungen vermeiden helfen und den notwendigen Dialog fruchtbar gestalten.

Dr. A. Krause

Die Grundsteuer

In zwangloser Folge wird die Kämmerei in den folgenden Ausgaben des Glienicker Kurier über die einzelnen Steuerarten, die für den Gemeindehaushalt von Interesse sind, informieren und die Auswirkungen, die sich aus Veränderungen ergeben, darstellen.

Kommunale Steuern werden nach Maßgabe der Gesetze erhoben, unterliegen somit den allgemeinen Bestimmungen des Steuerrechts.

Maßgeblich ist daher zunächst vor allen Dingen die Abgabenordnung. Danach sind kommunale Steuern wie jede andere Steuer Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und die allen auferlegt werden, bei denen die Voraussetzungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen vorliegen. Zu den Kommunalsteuern zählt die Grundsteuer. Sie ist eine vermögensbezogene Abgabe. Die Grundsteuer in der heutigen Form basiert auf den Steuerreformen von 1891/1895.

Die heutige Grundsteuer setzt sich zusammen aus

- der Grundsteuer A (für land- u. forstwirtschaftlichen Grundbesitz)
- der Grundsteuer B (für alle übrigen Grundstücke)

Der Grundsteuer sind prinzipiell alle Grundstücke unterworfen. Das Grundsteuerrecht kennt jedoch Befreiungstatbestände für

- Grundstücke in öffentlicher oder gemeinnütziger Nutzung
- Grundstücke der Religionsgemeinschaften.

Maßgeblich für die Grundsteuer (hier B) ist der Einheitswert des betreffenden Grundstücks einschließlich der Gebäude. Dabei wird unterschieden zwischen unbebauten und bebauten Grundstücken. Bei den bebauten Grundstücken wird die Art der Nutzung in die Bewertung einbezogen.

In den alten Bundesländern wird der Einheitswert für alle Grundstücke zu einem bestimmten Stichtag (derzeit 1.1.1964) ermittelt. Die Veränderungen an Grundstücken und Gebäuden werden im Wege der Wertfortschreibung berücksichtigt. Stichtag ist der 1.1.1964. Das gilt auch für neue Gebäude.

In den neuen Bundesländern stellt sich eine andere Situation dar. Dort gab es die Hauptfeststellung zum 1.1.1964 nicht. Für eine Reihe von Grundstücken kann auf die Einheitswerte von 1935 zurückgegriffen werden. Diese werden, differenziert nach Grundstücksart, mit einem Prozentsatz multipliziert. Für zahlreiche Objekte fehlen allerdings selbst die alten Einheitswerte. Hilfsweise wird dort die Wohn- o. Nutzfläche – differenziert nach Art und Ausstattung des Objektes – als Bemessungsgrundlage herangezogen. Der so ermittelte Einheitswert wird mit der Steuermesszahl, die wiederum nach Grundstücksarten gestaffelt ist, multipliziert. Das Ergebnis ist der Messbetrag.

Sowohl die Einheitsbewertung wie auch die Feststellung des Messbetrages erfolgen durch das Finanzamt. Lediglich Veränderungen z.B. auf Grund baulicher Maßnahmen werden durch die zuständige Behörde – hier der Landkreis – dem Finanzamt mitgeteilt.

Der Einheitswert wird in einem gesonderten Bescheid festgestellt.

Mit dem Steuermessbescheid weist das Finanzamt sowohl den Einheitswert als auch den Messbetrag aus.

Sowohl der Einheitswertbescheid als auch der Steuermessbescheid ist von zeitlich sehr langer Dauer. So lange keine allgemeine Hauptfeststellung, keine Fortschreibungsfeststellung oder keine Nachfeststellung erforderlich wird, bleiben die Festlegungen für die Besteuerung maßgebend.

Der Steuermessbescheid ergeht an den Eigentümer (Steuerschuldner) als auch an die Gemeinde.

Auf Grund dieses Messbescheides des Finanzamtes ist durch den Steuerschuldner noch keine Zahlung zu leisten.

Die Gemeinde erlässt auf der Grundlage des vorliegenden Messbescheides den gemeindlichen Steuerbescheid. Dazu wird der für das gesamte Gemeindegebiet geltende Steuerhebesatz herangezogen.

Der Steuerhebesatz ist in der jeweils geltenden Haushaltssatzung, getrennt nach Grundsteuer A und B, festzulegen und durch die Gemeindevertretung zu beschließen.

Die Grundsteuer wird für das Kalenderjahr festgesetzt. Für diejenigen Steuerschuldner, die für das Kalenderjahr die gleiche Grundsteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Grundsteuer durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt werden. Die Ausfertigung eines schriftlichen Steuerbescheides ist dann nicht erforderlich.

Die Grundsteuer wird zu je einem Viertel des Jahresbetrages am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. fällig. Auf Antrag des Steuerschuldners kann sie auch zum 1.7. in einem Jahresbetrag entrichtet werden.

Die Zahlung kann unter Berücksichtigung der Fälligkeiten auf das Konto der Gemeinde Glienicke

Konto-Nr.: 3702025013

BLZ: 160 500 00

bei: MBS Potsdam

durch Überweisung oder Dauerauftrag bzw. durch Erteilung einer Einzugsermächtigung erfolgen. Die Einzugsermächtigung kann formlos erteilt werden und bietet dem Zahlungspflichtigen alle bekannten Vorteile.

Grit Knappe, Kämmerin

Von der Anmeldung bis zum KITA-Platz

Das Anmeldeverfahren in Bezug auf einen Kindertagesstättenplatz in der Gemeinde Glienicke/Nordbahn ist nicht kompliziert.

Der Bürger oder die Bürgerin kommen in die öffentliche Sprechstunde der Kita-Sachbearbeitung (Zimmer 7a) der Gemeindeverwaltung und füllen hier ein Anmeldeformular aus. Eine weitere Möglichkeit eine Anmeldung auszufüllen ergibt sich, wenn man die Internet-Homepage (www.glienicke-nordbahn.de) unserer Gemeinde besucht.

Unter dem Pfad „Kindertagesstätten\Kita-Startseite“ muss der Verwaltungsbereich des Sachbereiches Kita angeklickt werden. Hier findet der Nutzer eine Auswahl von Dokumenten (Satzung und Anlagen, Anmeldeformular), die er auch ausdrucken kann.

Nach Eingang der Anmeldung im Sachbereich Kita wird die Anmeldung in chronologischer Reihenfolge registriert und mit einer Anmelde Nummer versehen. Anschließend erhalten die Eltern eine Eingangsbestätigung mit der Information, welche Anmelde Nummer vergeben worden ist. Dieses Schreiben ist allerdings keine konkrete Zusage zu einem Kindertagesstättenplatz.

Vor der Vergabe eines Kindertagesstättenplatzes findet eine Prüfung durch den Kita-Sachbereich statt. Unter anderem wird geprüft, ob die Eltern, die eine Anmeldung eingereicht haben, mit Hauptwohnsitz in Glienicke gemeldet sind. Dies ist eine gesetzliche Voraussetzung, die im § 12 Abs. 1 Kindertagesstättengesetz (KitaG) verankert wurde. Für Kinder die außerhalb unserer Wohnortgemeinde wohnen, ist die jeweilige Wohnortgemeinde zuständig und leistungs verpflichtet. Ein weiteres Prüfkriterium ist das Vorhandensein des Rechtsanspruches auf Betreuung in einer Kindertagesstätte. Der Rechtsanspruch auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung in Kindertagesstätten wurde mit dem § 1 KitaG geregelt. Kinder vom vollendeten zweiten Lebensjahr bis zur Versetzung in die fünfte Klasse haben einen Rechtsanspruch auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung in Kindertagesstätten für sechs Stunden täglich. Kinder, die das zweite Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können diesen Rechtsanspruch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erlangen. Diese Voraussetzungen hat der Gesetzgeber ebenfalls fixiert. Eltern, die den Wunsch haben, ihr Kind vor dem zweiten Lebensjahr in einer Kindertagesstätte oder von einer Tagespflegeperson betreuen zu lassen, müssen einen Antrag auf Prüfung des Rechtsanspruches auf Betreuung in einer Kindertagesstätte stellen. Die Kita-Sachbearbeitung muss hier die familiäre Situation prüfen. Ist sie so gestaltet, dass die Erziehungs-, Bildungs-, Betreuungs- und Versorgungsmöglichkeit der Familie durch eine dem Lebensunterhalt dienende Tätigkeit der Sorgeberechtigten eingeschränkt ist und sich kein anderer geeigneter erwachsener Familienangehöriger bereit findet, die Betreuung zu übernehmen, dann besteht der Rechtsanspruch. In jedem Fall wird nach der Prüfung ein Leistungsbescheid erstellt.

Ein vorhandener Rechtsanspruch muss vom Leistungs verpflichteten erfüllt werden. Die Gemeinde Glienicke muss also Eltern, die den Anspruch ihrer Kinder auf Betreuung geltend gemacht haben, mit einem Kindertagesstättenplatz versorgen. Hier räumt der Gesetzgeber den Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht ein. Die Leistungsberechtigten haben gemäß § 5 Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB

VIII) das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen. Da sich aber zur Zeit in der Gemeinde Glienicke alle Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft befinden, war bisher die Ausübung des Wunsch- und Wahlrechtes innerhalb der Gemeinde Glienicke nicht möglich. Oft missverstehen Eltern dieses Wunsch- und Wahlrecht. Einen gesetzlichen Anspruch auf Aufnahme in eine bestimmte Kindertagesstätte haben die Eltern aufgrund des Wunsch- und Wahlrechtes nicht. Kann die Gemeinde einen Platz zur Verfügung stellen, ist sie ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen. Hat die Gemeinde Glienicke einen Kindertagesstättenplatz vergeben, wird mit den Personensorgeberechtigten (meist Eltern) des aufzunehmenden Kindes ein Betreuungsvertrag abgeschlossen. In diesem Zusammenhang werden die Eltern vertraglich zur Zahlung einer monatlichen Benutzungsgebühr verpflichtet. Grundlage der Berechnung dieser Gebühr ist die derzeit gültige Kita-Gebührensatzung der Gemeinde Glienicke. Gemäß dieser Satzung sind die Eltern verpflichtet, ihr Einkommen nachzuweisen. Ist dies geschehen, wird ein Gebührenbescheid erstellt. Mit Vertragsbeginn ist das Kind berechtigt, den Kindertagesstättenplatz bis zum Eintritt in die fünfte Klasse zu nutzen, da es sich in der Regel um unbefristete Verträge handelt.

Jana Klätke, Sachbereich Kita

Aus den Fraktionen

PDS-Fraktion

1. Richtigstellung zu unserer Mitteilung im "Glienicker Kurier", Ausgabe April 02

In dem Artikel zu Gerhard Weiß wird die Aussage getroffen, dass der Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.01.2002 nicht erfüllt wurde. Diese Aussage ist falsch.

Der Bürgermeister, Herr Bienert, hat die Gespräche mit der Märkischen Baugenossenschaft geführt und im Ausschuss mündlich informiert, dass die Märkische Genossenschaft gegen einen Gedenkstein am Orte des Verbrechens ist. Leider wurde das Ergebnis nicht protokolliert.

Wir bitten vielmals um Entschuldigung.

2. Öffentliche Veranstaltung zur Ortsgestaltung und Bebauungsplanung

Die Fraktion der PDS führt am 07. Mai 2002 im Bürgerhaus in der Moskauer Straße eine Informationsveranstaltung zu dem heiß diskutierten Thema

Veränderung des Bebauungsplanes Glienicker Feld - Sportplatz Ja oder Nein!" durch.

Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr. Allen Bürgern wird Einsicht in die Unterlagen des Städtebaulichen Vertrages und in die vollständigen Unterlagen der Beratungen des Planungsausschusses zu diesem Thema gewährt. Wir laden alle Glienickerinnen und Glienicker, die sich für dieses wichtige Thema der Ortsentwicklung interessieren, zu dieser Veranstaltung ein.

Dr. Martin May, Vorsitzender der Fraktion

SPD / FDP-Fraktion

Ortsentwicklung

SPD / FDP-Fraktion setzt sich für eine abgestimmte Entwicklungsplanung ein

Die Klausurtagung der SPD/FDP-Fraktion am 06. April galt den als vorrangig erkannten Themen der Ortsentwicklung. Dazu gehört außer der Erweiterung von Grundlagen zu einem Investitionsprogramm für den Straßenbau - an anderer Stelle in dieser Ausgabe des Kuriers ausführlich dargestellt - vor allen Dingen die generelle Entwicklungsplanung für unsere Gemeinde.

Sie muss nach Auffassung der Fraktionsmitglieder in den Mittelpunkt der Diskussion der Gemeindevertretung gestellt werden muss. Mit dem Beginn der Untersuchung zum Ortskernkonzept in der Hauptstraße und dem Beginn der Überlegungen zum Stadtmarketing wird das schon oft von

uns geforderte Instrument des Entwicklungsplanes - als dem informellen Rahmenplan für die Leitgedanken in die Zukunft der Gemeinde -zwingend notwendig.

Die Verfolgung von Entwicklungszielen nach dem Willen des Bürgers geschieht über die Gemeindevertretung. Der Bürger muss in der Rückkoppelung einwandfreie und aktuelle Informationen erhalten, die über die erkannten Themen und Sachverhalte der bisherigen Entwicklung und die Bedingungen für die Weiterentwicklung unserer Gemeinde Auskunft geben.

Solche Informationen kommen aus der Verwaltung und von anderen Entwicklungsträgern. Sie kommen selbstverständlich auch von den Gemeindevertretern und den Fraktionen. Kritisch zu prüfen ist von Seiten des Bürgers dabei die oft zu „politische Wertung“ von Fakten und Zielen durch diese „politischen Akteure“.

Die SPD/FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass es für die Meinungsbildung in der Gemeinde möglich bleibt, die nachhaltig wirkenden Ziel-Entscheidungen zu finden und sie sagt der zunehmend umsichgreifenden Phrasenschinderei in der politischen Diskussion um die Gemeindeentwicklung den Kampf an.

Zu oft wird um des vermeintlich „politisch wirkenden“ Eindrucks im kurzfristigen Kalkül eine verzerrte oder gar verfälschte Darstellung gegeben. Dazu ist jedoch das Thema Gemeindeentwicklung nach unserer Meinung zu wertvoll.

Die SPD/FDP-Fraktion hat nach ausführlicher Diskussion in ihrer Klausur vereinbart, zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung einen Beschlussantrag einzubringen, nach der der Ausschuss für Planung und Umweltschutz aufzufordern ist, präzise Empfehlungen für die Aufstellung eines Entwicklungsplanes unserer Gemeinde zu erarbeiten.

In der Diskussion um die Zielsetzungen für unsere Gemeinde ist ein Leitbild zu schaffen, das die abgestimmte Wertung der Ziele möglich macht. Jede Fraktion hat sich dann bei den einzelnen Themenfeldern Klarheit zu schaffen, wofür sie aus welchen Gründen für welche Entscheidung mit welchen Konsequenzen eintritt. Die Bürger haben das Recht auf ein klares Bild der Gegebenheiten für Entscheidungen und auf ein klares Fenster zum Ausblick in die Zukunft.

Klaus Neumann-Duscha
Vorsitzender der SPD/FDP-Fraktion

Harry Potter wünscht Happy birthday...

Zum 10-jährigen Schuljubiläum der Grundschule Glienicke

...und mit ihm viele Glienicker , Eltern , Großeltern und Gäste. An diesem 20. April hätte sich das Geburtstagskind – die Glienicker Grundschule – seine Klassenräume aus einem äußerst dehnbaren Material gewünscht. Dann hätten in den Räumen , in denen Unterrichtsbeispiele der verschiedensten Fächer zu sehen waren , alle interessierten Gäste Platz gefunden.

Als dann noch Harry Potter mit seinem Hexen-Zauber-Gefolge eintraf , platzte der Raum fast aus allen Nähten. Obwohl zweimal gezeigt als Einblick in die Begegnungssprache Englisch , herrschte ein großer Andrang. Besonders auch Eltern der zukünftigen Erstklässler informierten sich und wollten alles genau hören und sehen. Zum Glück konnten Groß und Klein die vielen Angebote der Kreativwerkstätten , des Kunstunterrichtes , der Bastel – AG bis hin zum Fach Arbeitslehre nutzen. Bunte Frühlingsfarben füllten diese Räume und prompt zeigte sich die Sonne und tauchte alles in eine feierliche Stimmung. Wie es sich zum Geburtstag gehört. Und natürlich gab es wie versprochen Kaffee und Kuchen , gebacken von fleißigen Muttis und Omas.

Viel wäre noch zu sagen von dem bunten Treiben in der Turnhalle , dem tollen Angebot der Kinderbibliothek , der Kinderkunstwerkstatt „ Artifix“, und, und, und.

Um 13.00 Uhr waren sich alle einig : das war der 1.Tag der offenen Schultür und garantiert nicht der letzte !

Monika Bastian, Grundschule

Glienicker Kinder-Kunst-Tage „Malen - Klexen - ARTiFEXen“

Am 15. Juni 2002 sind Kinder im Alter zwischen 6-12 Jahren wieder herzlich eingeladen, gemeinsam mit ARTiFEX e.V. künstlerisch zu experimentieren. In diesem Jahr wollen wir Klangkörper bauen und mit ihnen Musik machen, Spiele und Tänze erlernen, uns schminken und verkleiden, Trommelrhythmen junger Musiker erleben und gemeinsam mit ihnen in den Abend trommeln. Dann sind auch Eltern und andere Gäste herzlich willkommen.

Es wird eine Ausstellung der Kinderkunstwerkstatt eröffnet und es gibt Theaterszenen aus dem „Sommernachtstraum“ zu sehen, dargeboten von jungen Schauspieltalenten der Probebühne. Es werden sich auch Glienicker Musiker und Feuerwehrleute unter das Publikum mischen und für gute Stimmung und einen schönen Ausklang sorgen.

Wer also Lust dazu hat, sollte sich bis spätestens 5.6.2002 in der Kinderkunstwerkstatt bei Heike Pfitzner-Adner anmelden: dienstags 15.00 - 18.00 Uhr und mittwochs 15.00 - 16.30 Uhr. Die Reihenfolge der Anmeldung entscheidet, da die Teilnehmerzahl begrenzt ist. Bei der Anmeldung ist ein Kostenbeitrag von 7 € zu entrichten. Darin sind Materialien, Getränke und Essen enthalten.

Nähere Informationen gibt Euch/Ihnen gerne Frau Pfitzner-Adner (Tel. 80024).

Keine Freude am Tanzen?

Michael Schäfer bemüht sich, im Bistro „Sport In“ das Tanzen für die reifere Jugend in Glienicke wieder in Gang zu bringen, doch zu wenige machen mit. Die „reifere Jugend“ das sind doch nicht die Rentner, sondern ab 40 alle, denen die Jugenddisko einfach zu laut ist.

Verbunden mit Klassentreffen und Familienfeiern war der Vorraum des Bistros manchmal voll, und man erlebte bei Live-Musik mit verschiedenen Zwei-Mann-Bands schwungvolle Tanzabende. Nun stellte sich beim Tanzabend im März die Frage, warum waren nur 22 Teilnehmer (davon sechs aus Schildow) auf den „Fliesen“?. Die Dual-Band hatte Schwung und Rhythmus. Macht das Bistro zu wenig Werbung? Die meisten Glienicker werden ihren „Kurier“ überfliegen und vor den Werbungsseiten Halt machen. Da liegt der Hase begraben.

Das Sport-Bistro informiert über seine Termine in seiner Werbeannonce und an den Eingangstüren zur Dreifeldsporthalle, und das wird übersehen. Wenn die Glienicker an den Tanzabenden mehr Interesse zeigen würden und reichlich Voranmeldungen vorhanden wären, könnte sich Michael Schäfer sicher den Saal der „Alten Turnhalle“ mit dem Parkettfußboden dazumieten. Dann würde es noch mehr Spaß machen, wenn im Bistro „Sport In“ alle zwei Monate Tanzabende für die „Reifere Jugend“ stattfinden und Glienicke hätte eine weitere Attraktion.

Rosemarie Haese

Seniorentanzgruppe feiert Einjähriges

Peter Geißler organisiert Geselligkeit und Freude an der Bewegung

Vorwärts, rückwärts, Partnerwechsel, bei Kreuzfassung rechts ausweichen, englische Kette bilden - so und ähnlich lauten die Anweisungen, die Peter Geißler jeden Montag Nachmittag den Damen des Seniorentanzes erteilt. Diese hören aufmerksam zu, manche lächeln, manche wiegen sich schon ein wenig in den Hüften, dann geht es los. Die zweiundzwanzig an diesem Tag Anwesenden beginnen mit dem „Fröhlichen Kreis“, in dem sich die Schrittfolgen noch einigermaßen einfach nachvollziehen lassen, aber dann folgt die „Amerikanische Promenade“, da gilt es schon, kompliziertere Schrittfolgen zu bewältigen, noch verwickelter werden sie beim „Radetzky-Marsch“ oder beim „Squaredance“. Wunderschön ist die Musik bei „Moi Grichenland“ und bei „Tennessee Walk“, man fasst sich an den Händen, so dass die Bewegungen wieder kreisförmig abrollen.

Längst haben sich, obwohl der Rhythmus stets gemäßigt bleibt, auf der einen oder anderen Stirn kleine Schweißperlen gebildet, aber die Freude an der Bewegung, die Begeisterung beim geselligen Tanz, der den mittelalterlicher Hofquadrillen entnommen scheint, ist unverkennbar.

Seit nunmehr fast einem Jahr gibt es in Glienicke die Seniorentanz-Gruppe. Peter Geißler ist auf diese harmonische Bewegungsart durch einen Kuraufenthalt in Pietany aufmerksam geworden. Dort beobachtete er eine Gruppe, die mangels Raum unter freiem Himmel probte. Das gefiel ihm so gut, dass er, nach Hause zurückgekehrt, sich umtat und entdeckte, dass es sich um Gruppen des „Bundesverbandes Seniorentanz e.V.“ handelte. Er besuchte einen Grundkurs und den Aufbaulehrgang I, sprach Freunde und Bekannte in der evangelischen Kirchengemeinde an, begann zunächst in einem Raum der Gesamtschule, wechselte in die neue alte Turnhalle und kann diese mit seinen 28 Mitgliedern bei ausbreitenden Schrittfolgen gut ausfüllen.

Leider gibt es, wie landesweit üblich, in Glienicke nur teilnehmende Damen. Die Herren tanzen in diesem Alter nicht mehr gerne, (manche taten es schon in der Jugend nicht gern). Da aber, wie üblich, beim Gesellschaftstanz auch männliche Rollen zu vergeben sind, müssen manche Damen, kenntlich gemacht durch ein blaues Band um den Hals, den männlichen Part übernehmen.

Und noch eins fällt auf: die angesteckten Namensschilder. Das ist nicht nur eine Merkhilfe für die Tänzerinnen im Alter zwischen 54 und 74 Jahren, sondern zugleich ein erster Schritt zum persönlichen Kennenlernen. Denn der Seniorentanz vermittelt nicht nur altersgerechte Bewegung nach Musik, sondern auch die Freude an der Geselligkeit. Dass man sich inzwischen schon gut kennengelernt hat, und die Anfangsbeteiligung von zehn Mitgliedern fast auf das Dreifache angewachsen ist, äußert sich auch in den gemeinsamen Festen. Natürlich gab´s eine Adventsfeier, vor kurzem ein Faschingstanz mit sehr witzigen und ausgefallenen Kostümen, und zur Zeit bereiten sich die Tänzerinnen mit ihrem „Maître de plaisir“ Peter Geißler auf ihr einjähriges Jubiläum vor. Wer Lust hat mitzumachen, sollte mal hereinschauen, am Montag zwischen 13.30 und 15.00 Uhr in der neuen alten Turnhalle hinter der Grundschule.

St.-Elisabeth-Stiftung

Am 23.03. fand im Altenpflegeheim Glienicke der St. Elisabeth-Stiftung ein erster Osterbasar statt.

Aller Anfang ist schwer. Trotz nicht frühlingshaftem Wetter konnten viele Besucher im Alten- und Pflegeheim Glienicke zum Osterbasar begrüßt werden. Bei Kaffee und Kuchen wurden viele interessante Gespräche geführt, auch Angehörige und Pflegebedürftige nahmen diese Begegnungsform in Anspruch.

Die Vorbereitungen für den Osterbasar wurden liebevoll von den Bewohnern unter Anleitung der Ergo- und Beschäftigungstherapeutin - Frau Martina Kahlfeld - getroffen. In Vorbereitung des Osterbasars fand bereits am 19.03.02 ein gemeinsames Basteln mit Bewohnern, Angehörigen und ehemaligen Mitarbeitern des Hauses statt.

Wir begrüßten Frau Hanske, Frau Artelt, Frau Proschmann und Frau Wollner, die gemeinsam mit den Bewohnern des Hauses Osterüberraschungen anfertigten, um diese dann zum Osterbasar anbieten zu können. Das Material zum Basteln selbst und einige Präsente stellten uns das Blumengeschäft in Glienicke Fa. Wollner, Fa. Detlef Groth aus Glienicke und Frau Neumann - Kindelwaldapotheke zur Verfügung. Ein herzliches Dankeschön an diese genannten Sponsoren.

Für das leibliche Wohl - sprich Kaffee und Kuchen - sorgten viele liebe Sponsoren wie Mitarbeiter des Hauses, Frau Schneider, Frau Gaede, Frau Proschmann, Familie Schmidt, J., Frau Treppmann, Familie Goll, Frau Wollner und unbekannte Personen, bei denen wir uns auf diesem Weg bedanken möchten. Die Erlöse, die an diesem Nachmittag eingenommen wurden, werden zur Anschaffung von Beschäftigungsmaterial für die Bewohner eingesetzt.

Für die Ausschmückung des Heimes und des Gartens mit Frühlingsblühern sorgten wie jedes Jahr das Blumenhaus Loechel aus Glienicke. Ein herzliches Dankeschön auch dafür.

Ich habe heute die Gelegenheit, im Glienicker Kurier über die Altenpflege ein wenig zu berichten und freue mich natürlich außerordentlich, Sie als Leser und Zuhörer begrüßen zu können.

Auf den ersten Blick erkennen Sie selbstverständlich keinerlei Zusammenhang zum Osterbasar. Der zweite Blick wird Ihnen jedoch in den nächsten Minuten zur Verfügung stehen. Betrachten wir doch einmal gemeinsam die Menschen, die in unserem Heim leben. Wir sehen auf den ersten Blick nicht viel mehr als in unserer täglichen Praxis.

Wir sehen: Demente, pflegebedürftige Menschen, Menschen, Menschen die keine Orientierung haben, Menschen die vergessen haben, dass sie sind. Menschen die stören, leiden, verletzen und verletzt werden.

Wir sehen auch Menschen, die nicht dement sind, aber einsam, leidend, auch vom Alltag mit

Dementen gezeichnet, entmutigt. Oft das eigene Alter - vielleicht immer - auch als Spiegel eines nicht oder nicht bewusst gelebten Lebens.

Wir sehen Angehörige von Dementen, die nur noch vom schlechten Gewissen des Versagthabens beherrscht sind. Die die Verhältnisse in den Heimen kaum aushalten können, zum einen bezogen auf ihren geliebten Menschen dort, zum anderen aber auch und von allem auf sich selbst: „Wie wird es wohl sein, wenn ich selbst dort einmal hinmüsste?“ Und soviel Zeit bleibt ja den heutigen alten nicht mehr, um zu glauben, dass dann alles besser sein wird. Wir sehen auch die Angehörigen, die davon geprägt sind, dass das Geld der Pflegeversicherung doch besser bei ihnen selbst aufgehoben sei und die natürlich davon überzeugt sind, dass alles zu teuer ist.

Wir sehen die arbeitenden Menschen, engagiert, mit Ideen, die sich einbringen in diese schwierige Arbeit. Die dauernd in dem Konflikt zwischen Anspruch und Wirklichkeit ihrer Arbeit stehen und sehr darunter leiden, dass sie eigentlich schon wüssten, was zu tun sei, dass ihnen aber dafür keine Zeit zur Verfügung steht. Wir sehen auch die Mitarbeiter, die ihre Arbeit nicht in Zusammenhang stellen mit den Ansprüchen des Betriebs, die immer die Veränderungen bei den anderen suchen und vorgeben, sehr genau zu wissen, was richtig und gut sei, wenn man sie nur machen ließe.

An dem politischen Stellenwert, den verwirrte, pflegebedürftige alte Menschen in unseren Gesellschaften genießen, erkennen wir sehr rasch den tatsächlichen Stellenwert dieser Randgruppe in einer Gesellschaft. Und dieser ist tatsächlich nicht sonderlich hoch. Sie kosten, ohne für etwas nützlich zu sein.

Sie alle kennen wahrscheinlich diese Menschen: schwerstpflegebedürftig, entweder ziellos herumwandernd oder bettlägerig, schreiend oder apathisch, und sie schienen nichts mehr zu tun als zu warten auf den vielleicht nahen Tod. In unserem Heim leben ungefähr ein Viertel der Menschen in diesem schwierigen Stadium. Diese Menschen brauchen Wärme, Zuwendung, Angstfreiheit und Kontakte. Wir haben das Ziel, pflegebedürftige, demente Menschen zu fördern.

Warum wird im Alten- und Pflegeheim Ergo- und Beschäftigungstherapie mit Pflegebedürftigen durchgeführt?

Es ist für den alten pflegebedürftigen Menschen eine ganzheitliche Behandlungsmethode an Körper, Seele und Geist. Sie umfasst eine anwendungsbezogene Schulung motorischer, geistiger und sozialer Fähigkeit im Hinblick auf Selbständigkeit im persönlichen und sozialen Bereich. Das Ziel unserer Ergo- und Beschäftigungstherapie ist es, dem Bewohner oder Pflegebedürftigen Möglichkeiten aufzuzeigen, seine Beeinträchtigungen zu überwinden oder ihm auch Strategien zu vermitteln, ggf. auch mit ihm / auch gern gemeinsam mit den Angehörigen, um diese Störungen- soweit realisierbar- zu kompensieren. Ein wichtiges Hilfsmittel hierbei ist, auf eine Biographiearbeit zurückgreifen zu können und mit Ressourcen zu arbeiten.

Die Betreuung von dementen, pflegebedürftigen alten Menschen ist eine zu bedeutsame und große Aufgabe, als dass wir sie nur der Politik überlassen dürfen.

Ich bin dankbar dafür, dass ich durch die St. Elisabeth-Stiftung an einer Welt mitgestalten darf, die

das Leben und die Zeit vor dem Tod für Menschen friedvoller machen kann. Pflegebedürftigen und dementen Menschen im Alten- und Pflegeheim Glienicke mehr Autonomie zu geben ist realisierte Vision. Und es ist ganz einfach. Verwirrte Menschen zeigen uns den Weg, wir müssen ihm nur folgen.

In diesem Sinne wünsche ich mir für die alten, dementen und pflegebedürftigen Menschen mehr Zuneigung und Aufmerksamkeit und freue mich auf Ihren Besuch.

PS: Hilfsmittel, Beschäftigungsmaterial, Veranstaltungen für Bewohner kosten viel Geld. Aus öffentlichen Mitteln können wir nicht viel finanzieren. Wir sind daher auf Spendengelder angewiesen. Auch auf Ihre Spende!

Helfen Sie mit, die Spenden kommen sicher an ihren Verwendungsort.

Evangelische Darlehensgenossenschaft,

Konto-Nr.: 4168700,

BLZ 100 602 37,

Verwendungszweck: APH Glienicke

Roswitha Albrecht
Heimleiterin St. Elisabeth-Stiftung – Berlin
Alten- und Pflegeheim Glienicke

Erfolge auch im reiferen Alter

Sport kann zum Wohlbefinden der Menschen beitragen. Hinsichtlich und bezüglich der Möglichkeiten für ältere Menschen müssen allerdings einige Besonderheiten bedacht werden. Nach einem arbeitsreichen Leben kann man seinem Körper nicht mehr die Leistungen abverlangen, die er in jungen Tagen noch zu geben imstande war. Dennoch kann Sport für ältere Menschen nützlich sein, wenn er zur Leistungserhaltung und Freude beiträgt.

In der Abteilung Sportschießen des SV Glienicke kann man bis ins hohe Alter eine Sportart betreiben, die auch älteren Menschen noch Erfolge bringt. Es ist eine Herausforderung an Geist und Körper. Dennoch bleibt die körperliche Anstrengung in altersgerechtem Rahmen.

In unserer Abteilung haben wir Senioren, die in relativ kurzer Zeit - bei guter Anleitung - zur Spitze im Land Brandenburg vorgestoßen sind. Als Voraussetzung brauchen sie nur Interesse und den Willen, in der Gemeinschaft zu trainieren. Die Freude kommt von selbst.

Wir schießen mit dem Luftgewehr und der Luftpistole in der sehr guten Schießanlage der Dreifelderhalle. Unser ältestes Mitglied ist 73 Jahre und sehr erfolgreich. Auch die reiferen Damen treffen bei uns hervorragend!

Informieren Sie sich über diese Sportart im SV Glienicke! Kommen Sie zu uns herein uns schauen Sie unverbindlich zu! Probieren Sie es selbst aus! Wir bieten "Schnupperkurse" an!

Wir erwarten Sie zum Training an jedem Freitag um 16.00 Uhr (die Jugend ab 11 Jahre) und 18.30 Uhr die Erwachsenen. Oder rufen Sie an - Telefon: 03 30 56 / 7 73 07 (Bodo Vötisch, Abteilungsleiter/Trainer).

Abteilung Sportschießen im SV Glienicke

Leitung für Abteilung Sportschützen gewählt

Kürzlich fand die Jahreshauptversammlung der Abteilung Sportschießen im SV Glienicke statt.

Nach dem Rechenschaftsbericht wurden der geschäftsführende Abteilungsvorstand (einstimmig) und die Mitglieder der erweiterten Abteilungsleitung (einstimmig) für zwei Jahre gewählt.

Abteilungsleiter: Bodo Vötisch

Sportleiter: Karl-Heinz Krüger

Kassenwart: Jost Heyne

Jugendleitung: Jutta Vötisch

Chronist/Festleiter: Ursula Wagner

Jugendsprecher: Oliver Krüger

Seit einem Jahr im Internet vertreten

Seit dem Wiederauftritt der Gemeinde Glienicke / Nordbahn im Internet mit eigener Domäne am 02.04.2001 hatte die Homepage fast genau ein Jahr später am 02.04.2002 ihren 10.000 Besucher.

Diese Zahl macht die dafür Verantwortlichen im Hauptamt ein bisschen stolz auf das Geleistete und Erreichte und bestätigt das anfänglich doch in Frage gestellte und auch mancherseits belächelte Engagement des Amtes für dieses Kommunikationsmedium als richtige Entscheidung und ebenso die Entscheidung des Hauptamtes, den Auftritt in eigener Regie zu entwickeln und auch zukünftig zu betreuen. Dadurch wird eine Unverwechselbarkeit gewährleistet. Die Besucherzahl zeigt, dass das Medium Internet in Glienicke gängige Praxis ist und sich in das normale Leben integriert hat. Ferner ist festzustellen, dass durchaus reges Interesse besteht, Informationen über das Geschehen im Ort erlangen zu wollen und das nicht nur in Glienicke, sondern aus aller Welt.

Rein statistisch besuchen also rund 27 Besucher die Seite pro Tag (hierbei werden „eigene Besuche“, also Besuche der Gemeindemitarbeiter/innen nebst Updatebesuchen herausgefiltert).

Bedenkt man die Einwohnerzahl Glienickes mit rund 8.400 Einwohnern und geht davon aus, dass nicht alle Haushalte einen Internetanschluss ihr Eigen nennen, ist es meines Erachtens eine ziemlich beachtliche Zahl, gleichzeitig auch eine Bestätigung, dass dieses Medium regelmäßig genutzt wird. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass tagtäglich etwa durchschnittlich 10 E-Mails (ohne Werbe-E-Mails) die Gemeindeverwaltung erreichen, und den täglichen Bedarf an Papier der Absender sowie im Hause dadurch senken. Als Erkenntnis bleibt ebenso festzuhalten, dass es sich meist um Anfragen handelt, die ansonsten in den Sprechzeiten gestellt worden wären und so auch dem hilfesuchenden Bürger Zeit ersparen. Soweit es von mir überblickt werden konnte, wurden auch diese Anfragen von den zuständigen Stellen der Verwaltung unverzüglich beantwortet.

Rege Aufmerksamkeit wird auch dem seit dem ersten Tag verfügbaren „Kummerkasten“ gewidmet. Leider werden Unmutsäußerungen eingereicht, die eine Rückantwort notwendig machen würden, jedoch wird in über 70% der eingegangenen Nachrichten „vergessen“ eine Antwortadresse zu hinterlassen. Aus diesem Grunde kann den Betroffenen in diesen Fällen nicht geantwortet werden. Ebenso ist auch aber der „Missbrauch“ des Kummerkastens zu loben, die Gemeinde erreicht auf diesem Wege auch viel Lob! Großer Beliebtheit erfreuen sich die Seiten, in denen die Protokolle der verschiedenen Ausschüsse hinterlegt sind. Das politische Interesse im Ort ist demzufolge relativ hoch.

Es wurde bewusst darauf geachtet, die Seiten übersichtlich und einfach zu halten. Dieses Seitenlayout wurde bisher von vielen Besuchern, auch der Presse, durchgängig positiv bewertet. Diese Tatsache führt dazu, dieses Layout weiterhin zu behalten und so wenig wie möglich daran zu ändern. Die Gemeinde arbeitet bereits seit längerem an weiteren Verbesserungen und Vereinfachungen. Wie in meinem ersten Artikel vor gut einem Jahr bereits erwähnt, wird die Seite nicht mit Grafiken und Multimedia-Elementen überfüllt, sondern soll nach wie vor ein sachliches, übersichtliches Layout behalten. Gegenüber der Version 1.0 (aktuell: 2.02), mit dem die Seite seinerzeit startete, sind mittlerweile einige Veränderungen eingetreten, wie ich meine wurde jedoch im multimedialen

Bereich nicht übertrieben. Klar ist aber auch, dass eine gesteigerte Benutzerfreundlichkeit nicht ohne einige, wenige multimediale Applikationen erreicht werden kann. Weitere Veränderungen sind bereits in Planung (z.B. die Einbindung des Jugendclubs), jedoch kann versichert werden, dass die Seiten nicht mit unnötigen Elementen gefüllt werden, sondern der Kern beibehalten werden wird.

Zusammenfassend möchte ich mich als Webmaster im Namen der Gemeinde für den regen Besuch und das Lob, aber selbstverständlich auch für die eingegangene Kritik herzlich bei Ihnen bedanken und hoffe, dass Sie auch weiterhin einen Blick auf die Homepage werfen werden.

Marc Westphal, Webmaster

„Der Nächste, bitte“

Gespräch, belauscht im Einwohnermeldeamt

Frau L.: Guten Tag ! Bitte nehmen Sie Platz. Was haben Sie auf dem Herzen?

Herr K.: Unsere Ausweise und Pässe laufen ab und ich möchte für mich, meine Frau und unseren Sohn neue Dokumente beantragen.

Frau L.: Zur Beantragung von Dokumenten muss jeder persönlich erscheinen. Wie alt ist denn Ihr Sohn?

Herr K.: Mein Sohn wird in einem Monat 16 Jahre alt und bekommt doch dann auch einen Personalausweis? Er möchte aber auch gleichzeitig einen Reisepass beantragen.

Frau L.: Ja, dass ist richtig. Ich benötige dann von Ihrem Sohn die Geburtsurkunde und 2 Fotos, in den Abmaßen 35 x 45 mm und für die Beantragung des Passes müssen beide Sorgeberechtigten mitkommen, da Ihr Sohn das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Der 1. PA ist kostenfrei und der Pass kostet 13 € bis zum 26. Lebensjahr, weil er auch nur 5 Jahre gültig ist. Von Ihnen bekomme ich die alten Dokumente und zwei Fotos. (Anträge werden ausgedruckt). Herr K. schauen Sie bitte nach, ob alle Angaben stimmen und wenn ja, unterschreiben Sie bitte unten in dem weißen Feld.

Herr K.: Ja, die Angaben stimmen. (Er unterschreibt). Wie lange muss ich auf die neuen Dokumente warten ?

Frau L.: Im Moment dauert die Ausstellung 4 Wochen. In der Urlaubzeit muss man aber mit 6 Wochen rechnen. Ich bekomme von Ihnen jetzt 8 € für die Beantragung des Personalausweises und 26 € für den Reisepass.

Kommen Sie in 4 Wochen vorbei und holen Sie die neuen Dokumente ab. Sie können mich aber auch vorher unter der Telefonnummer 69217 anrufen und nachfragen, ob die Dokumente auch tatsächlich von der Bundesdruckerei zurückgeliefert worden sind. Ihre Ehefrau schicken Sie bitte noch vorbei.

Herr K.: Schönen Dank

Frau L.: Bitte, Auf Wiedersehen ! Der Nächste bitte...

Irina Luckmann, Einwohnermeldeamt